

Antrag	Datum	Nummer
Öffentlich	03.09.2013	2933/13
Absender		
DIE LINKE. Rathaus 38100 Braunschweig		
Adressat		
Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Gremium	Sitzungstermin	
Rat	24.09.2013	
Finanz- und Personalausschuss	11.09.2013	
Verwaltungsausschuss	17.09.2013	
Betreff / Beschlussvorschlag		
Vermögenssteuer jetzt!		

Der Rat der Stadt Braunschweig möge beschließen:

1. Die Stadt Braunschweig spricht sich für die Einführung einer Vermögenssteuer aus. Sie tritt dem Beispiel vieler deutscher Städte wie München, Köln, Osnabrück und Göttingen folgend dem Bündnis „Vermögenssteuer jetzt“ (<http://www.vermoegenssteuerjetzt.de>) bei.
2. Der Rat der Stadt Braunschweig fordert den Oberbürgermeister auf, sich gegenüber der Landes- und Bundesregierung für die Einführung einer Vermögenssteuer einzusetzen.

Begründung:

Ein Gemeinwesen hat dafür Sorge zu tragen, dass durch die eigenen Mittel alle relevanten Aufgaben erledigt werden können.

Durch die Steuersenkungspolitik der vergangenen Bundesregierungen hat sich die Finanzsituation der Öffentlichen Haushalte dramatisch verschlechtert. Gleichzeitig hat der private Reichtum in den Händen weniger in den letzten Jahren massiv zugenommen. Öffentliche Armut und privater Reichtum bedingen einander. Die Einführung einer Vermögenssteuer kann ein wichtiger Baustein zur Lösung dieses Problems sein. Dazu hat sich ein breites Bündnis gegründet. Die Stadt Braunschweig könnte durch den Beitritt zu dieser Initiative ein wichtiges öffentlichkeitswirksames Signal senden und dadurch den Zusammenhang zwischen der angespannten Lage der Kommunalfinanzen einerseits und der fehlenden Besteuerung großer Vermögen andererseits verdeutlichen.